



Ergreifen das Referendum gegen die Bündner NFA: Patrik Degiacomi, Präsident AvenirSocial Graubünden (links), und Jöri Schwärzel, Leiter der Geschäftsstelle Legr.

(Fotos nsi/tam)

Verbände wehren sich

Gegen die Bündner NFA wird das Referendum ergriffen: Lehrer, Sozialarbeiter und Kinderbetreuer befürchten eine Gefährdung der Qualität ihrer Leistungen.

Von Jan Kempter

AvenirSocial Graubünden zeigt sich alles andere als zufrieden mit der vom Grosse Rat verabschiedeten Neugestaltung des Finanzausgleichs: «Wir sind tief betroffen darüber, dass der Grosse Rat im Rahmen der Bündner NFA eine Abkehr von seiner fortschrittlichen Sozialpolitik beschlossen hat», schreibt AvenirSocial Graubünden gestern in einer Medienmitteilung. Obwohl viele Teile der Botschaft im Vorfeld auf breite Ablehnung gestossen seien, hätte der Grosse Rat keine wesentlichen Korrekturen vorgenommen.

«Wir wollen das Referendum ergreifen, doch nur wir alleine hätten

wohl nur wenig Aussicht auf Erfolg», sagt *Patrik Degiacomi*, Präsident AvenirSocial Graubünden gestern auf Anfrage. Die Bündner Sektion Professionelle Soziale Arbeit Schweiz werde daher nun zusammen mit Partnerorganisationen die Lage analysieren und über das weitere Vorgehen entscheiden.

«Kanton am Rückzug hindern»

Alleine steht AvenirSocial bestimmt nicht da, die Lehrpersonen Graubünden (Legr) machen nämlich ihre Drohung wahr: «Wir werden das Referendum ergreifen», konstatiert *Jöri Schwärzel*, Leiter der Geschäftsstelle Legr. Die fehlende kantonale Unterstützung würde auf Kosten der Kinder gehen, dies könnten sie nicht zulassen, so Schwärzel. Nach Ansicht der Legr lasse sich die Neuregelung auch nicht mit der Bündner Verfassung vereinbaren. Dass sich eine Lösung finde, die alle zufriedenstellen wird, glaubt Schwärzel zwar nicht, doch unter der jetzigen

Ausformulierung der Bündner NFA hätten die sozial Schwachen zu leiden. Das könne nicht akzeptiert werden. Mit dem Referendum soll mit Hilfe des Stimmvolkes der Rückzug des Kantons aus der Volksschule verhindert werden. Über das konkrete weitere Vorgehen wird die Öffentlichkeit nächste Woche informiert.

Trotz einiger Korrekturen bei der NFA, die die familienergänzende Kinderbetreuung betreffen (gestern im BT), ist auch der Fachverband Kinderbetreuung Graubünden nicht zufrieden: «Wir müssen die Lage erst intern besprechen, aber voraussichtlich werden auch wir das Referendum ergreifen», so *Nicole Kaiser*, Präsidentin des Fachverbandes.

Nach der Publikation des Gesetzesentwurfes bleibt den Verbänden 90 Tage Zeit, 1500 Stimmen zu sammeln, erklärt *Walter Frizzoni*, stellvertretender Direktor der Standeskanzlei. Die allfällige Abstimmung wäre dann voraussichtlich noch in diesem Jahr.